

1939

11.2.1939: Am 11. Februar 1939 erschien die Geheime Staatspolizei (Gestapo) im Franziskanerkloster und durchsuchte das gesamte Klostergelände und die Klosterkirche. Man klopfte alle Wände und Mauern ab, um nach versteckten Gängen und Hohlräumen zu suchen. Man sperrte den Guardian und die Patres in ein Zimmer und begann mit der Durchsuchung der Räume nach staatsfeindlichem Material. Während dieser Zeit überwachten zwei Kelkheimer Polizisten den Ein- und Ausgang. Nach Meinung der Gestapo hatte man mit der Durchsuchung Erfolg. An der Tür eines jungen Patres hing ein Schild mit der Aufschrift: „Hoch die Arbeit, aber so hoch, dass keiner dran kann“. Das wurde als Verhöhnung der Arbeit ausgelegt.

Ursache war ein Vorfall, der sich in den Revolutionstagen 1918 in Frankfurt/ Main zutrug. In einem Revolutionszug wurde ein Transparent mit der Aufschrift: „Hoch die Arbeit!“ mitgeführt. Ein am Straßenrand stehender Spottvogel schrie dazu: „Aber so hoch, dass keiner dran kann!“. Diesen Vorfall erzählte später ein Geistlicher im Kloster, und so kam es zu der beanstandeten Aufschrift.

Im Zimmer des Guardian fand man eine Flasche Cognac und eine Kiste Zigarren, im Keller 200 Flaschen Messwein, gerade der knappe Bedarf für ein Jahr. Dazu kamen 50 Dosen Fleisch und Wurst und der eine oder andere Schinken sowie 50 Pfund Fisch. Es handelte sich um die Verpflegung für 20 Personen. Es wurde aber erklärt, im Kloster würde man prassen. Als man im Stall auch noch eine Kuh und ein Schwein fand, erhielten die ausgegebenen Gestapo-Parolen von den „schlemmenden und prassenden Patres“ weitere Nahrung. Man musste ja auch etwas finden und sagen, denn man brauchte das gesamte Kloster für den weiblichen Arbeitsdienst.

Mit der Klosterkuh hatte es aber noch eine besondere Bewandnis. Das war nämlich eine Wunderkuh, wie es in der ganzen Welt keine mehr gab. 24 Pfund Butter hatte man wöchentlich auf dem Kloster von der Milch der Wunderkuh geschlagen, so war auf einem in Umlauf gesetzten Laufzettel zu lesen. Natürlich wollte nun mancher Bauer diese Wunderkuh haben. Als man den Unsinn einsah, drehte man den Spieß um und erklärte, diesen Laufzettel hätten die Katholiken geschrieben und in Umlauf gesetzt. Nach dem Urheber forschte man aus gutem Grund nicht mehr, denn der Urheber des Laufzettels war die Gestapo selbst gewesen. Einem örtlichen "Alten Kämpfer" wurde dann die Wunderkuh zugesprochen.

Das Schwein ließ der Bürgermeister schlachten und es wurde unter den Amtswaltern und Parteigenossen auf dem Meierhof verteilt. Vorher spielte die Wunderkuh dem „PG“ aber noch einen besonderen Streich. Ein Klosterbruder in seiner Kutte hatte bis dahin die Kuh gefüttert und gemolken. Wie es beim Vieh nun einmal ist, es ist an seine Pfleger gewöhnt. Als nämlich ein Mann aus Hornau, der nach dem Abtransport der Klosterinsassen die Pflege der Kuh übernahm, sich unter die Kuh setzte, hielt diese die Milch zurück. Erst als der Mann eine Kutte anzog, spendete sie bereitwillig ihre Milch. Aber man hat nie wieder gehört, dass man 24 Pfund Butter aus der Milch geschlagen habe.

Die im Zimmer des Guardian vorgefundene Monstranz wurde ins Rathaus gebracht und dort von Nichtfachleuten auf 60.000 RM geschätzt. Fachleute wussten, dass die Monstranz keineswegs einen so großen Geldwert hatte. Der Pfarrer von Münster (Hilpisch), dem man die Monstranz zu treuen Händen übergeben wollte, lehnte ab mit dem Hinweis, dass der Kelkheimer Kirchenvorstand dafür zuständig sei. Der Geistliche warnte auch den Bürgermeister, mit einem geweihten Gegenstand unchristlich umzugehen und erklärte: "Das bringt kein Glück, auf einem solchen Tun ruht der Fluch!" Der Tresor einer Bank in Kelkheim, in dem man die Monstranz unterbringen wollte, erwies sich als zu klein, und man brachte sie nach Frankfurt. Später wurde sie einem Mitglied des Kelkheimer Kirchenvorstandes übergeben.

In der Nacht vom 15. zum 16. Februar 1939 hatte man die Patres auf Autos verladen und ins Gefängnis nach Frankfurt gebracht. Neun Wochen saßen sie dort und wurden immer wieder vernommen in der Absicht, ihnen ein Sittlichkeitsverbrechen oder sonst etwas Ehrenrühriges anzuhängen. Indessen setzten auch in Kelkheim die Verhöre ein. Frauen, Mädchen und Angehörige des Kirchenvorstandes wurden zitiert, die Organistin der Klosterkirche verhaftet. Eines Nachts wurden zwei Kirchenvorstandsmitglieder zur Kelkheimer Polizei geladen und dort von der Gestapo vernommen, Rücken an Rücken, damit sie einander nicht sehen konnten. Der Kommissar verlangte, sie sollten die Patres der Sittenlosigkeit, der Völlerei und Unehrenhaftigkeit für schuldig erklären. Die Vernehmung wurde ergebnislos abgebrochen.

Am 16. und 17. Februar 1939 wurden die Kirchenvorstände von Kelkheim, Hornau und Münster zum Bürgermeister bestellt, der ihnen klarzumachen versuchte, dass die Aktion gegen das Kloster und seine Insassen notwendig gewesen sei. Da stand ein Mann auf und erklärte, dass 50 Dosen Fleisch und Wurst für 20 Personen nicht den Vorwurf der Völlerei rechtfertigen, denn es sei kein Geheimnis, dass mancher kleine Bauer mit kleinem Haushalt weit mehr Büchsen in seinem Keller stehen habe.

Nach 62 Tagen Haft wurden die Patres in Frankfurt entlassen, da man ihnen nichts nachweisen konnte. Das Kloster blieb aber beschlagnahmt, obwohl es nicht einmal den Patres gehörte, sondern der Peter-Josef- Stiftung, die außerdem Diözesanwaisenhäuser, Studienhäuser und Erziehungsanstalten besaß und aus eigenen Mitteln unterhielt. Die Patres wurden nach ihrer Haftentlassung noch einmal in das Kloster zurückgeführt, konnten ihre persönlichen Sachen mitnehmen und erhielten Aufenthaltsverbot im Umkreis von 50 Kilometern von Kelkheim.

Im Jahre 1945 kehrten die Franziskaner-Patres in ihr Kloster zurück. Sie übernahmen wieder ihre Aufgaben im kirchlichen Leben von Kelkheim und Hornau. Das Kloster ist wieder, was es einmal war, zu einem Wahrzeichen der Stadt Kelkheim geworden.

15.2.1939: Am 15.2.1939 wurde die Aufhebung des 1908 gegründeten Franziskanerklosters angeordnet. Man warf den Padres vor, sie seien Staatsfeinde, indem sie ihre seelsorgerische Tätigkeit in vielen Fällen dazu missbraucht hätten, vor allem in Hetzpredigten ihre ablehnende Haltung dem nationalsozialistischen Staat gegenüber kundzutun, und sie hätten die gläubige Bevölkerung dazu missbraucht, sich große Mengen an Lebensmitteln und Genussmitteln zusammenzuhamstern, um in "Saus und Braus" leben zu können. Zwei Kelkheimer Polizeibeamte mussten das geräumte Kloster Tag und Nacht bewachen.

17.2.1939: Interessant ist ein Beschluss der Ratsherren vom 17.2.1939, der sich mit Verbesserungen an dem in den Jahren 1937/38 erbauten Hitler- Jugendheim am Sportplatz Taunusblick befasst. Hier heißt es, dass die zurückgestellten Beträge für die Erbauung eines weiteren Hitler- Jugendheimes zunächst zur Beseitigung der Baumängel am Jugendheim am Taunusblick zu verwenden sind. Wir sehen hier, dass der Bauzustand dieses Gebäudes bereits direkt nach der Fertigstellung als schlecht bezeichnet wurde. Das Gebäude wurde nach dem Krieg als Umkleidegebäude für die Sportler der SG Kelkheim bis zum Neubau Ende der 60er Jahre genutzt.

22.3.1939: Am 22. März 1939 wurde die Leiche des hochwürdigen Paters Ivo Trauscheidt (er war von 1921 bis 1939 Pfarrer in Kelkheim) vom Höchster Krankenhaus in die hiesige Klosterkirche überführt. Kirche und Kirchplatz waren voll von Gläubigen, die im Schneesturm die ankommende Leiche erwarteten. Sie geleiteten unter Tränen den Sarg bis vor den Hauptaltar, wo die Leiche aufgebahrt wurde. Zu beiden Seiten standen Kerzen und katholische Vereinsfahnen. Beim Trauergottesdienst am nächsten Tag um 9.00 Uhr war die Kirche bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Beisetzung fand unter sehr großer Beteiligung der Bevölkerung auf dem Kelkheimer Friedhof statt. Pater Ivo Trauscheidt soll gestorben sein mit den Worten: "Es lebe Christus der König, es lebe Kelkheim".

Infolge Aufhebung des Klosters durch die Gestapo und durch den Tod von Pater Ivo Trauscheidt war nun die Kelkheimer Pfarrgemeinde einige Wochen verwaist. Die Gläubigen von Kelkheim und Hornau waren auf die Pfarrei Münster und Fischbach angewiesen. Aushilfsweise übernahm im März 1939 Pater Dr. Januarius Menrad die hiesige Pfarrverwaltung. Im Juli 1939 trat er die Reise nach Japan an, um dort einen Lehrstuhl zu übernehmen.

April 1939: Judenarbeitslager in Kelkheim.

Wegen des Mangels an deutschen Arbeitskräften für den Straßenbau wandte sich Bgm. Graf an das Arbeitsamt in Höchst. In Absprache mit der Kreisleitung der NSDAP und dem Arbeitsamt kam man überein, arbeitslose Frankfurter Juden zu beschäftigen, damit deren Familien nicht der Fürsorge zur Last fallen. Am 11.4.1939 kamen 20 Juden nach Kelkheim und wurden im Gasthaus "Zum Taunusblick" kasernenmäßig untergebracht. Ein Kapo (Kasernenpolizist) führte die Aufsicht. Die jüdischen Arbeiter mussten 60 Stunden in der Woche arbeiten und erhielten dafür einen Stundenlohn von 0,65 RM. Wegen angeblicher geringerer Arbeitsleistung gegenüber deutschen Arbeitern wurde der Stundenlohn dann gesenkt auf 0,50 RM. Für Verpflegung und Unterbringung wurden täglich 1,50 RM vom Lohn einbehalten. Kelkheimer Stadträte mussten reihum wöchentlich die Unterkunft, Verpflegung und Arbeitsleistung der Arbeiter überprüfen und Beanstandungen mit einem besonderen Formular an den Bürgermeister melden. Sonntags war arbeitsfrei und die Juden konnten ihre Familien in Frankfurt besuchen. Ansonsten hatten sie keinerlei Rechte und wurden seitens der politischen Führung und Teilen der Bevölkerung diskriminierend behandelt.

Eingesetzt wurden die jüdischen Arbeiter beim Straßenbau im Zeilsheimer Weg, beim Feldwegebau in den städtischen Obstanlagen und beim Kartoffelspritzen auf den Feldern. Die Aufsicht führten zwei städtische Vorarbeiter und der Wegemeister.

Nach dem Kriegsausbruch am 1.9.1939 waren die Kriegslasten für die Stadt Kelkheim so hoch, dass die Straßenbaumaßnahmen eingestellt werden mussten. Deshalb wurden die jüdischen Arbeiter am 30. Oktober 1939 entlassen und das Judenlager im Taunusblick aufgelöst.

Am **25.5.1999** veröffentlichte die FAZ zu diesem Thema einen sehr interessanten Artikel mit der Überschrift: **Eine „Judenkolonne“ für den Straßenbau in Kelkheim – Zwangsarbeit vor der Vernichtung?** Dieser Artikel zeigt auf, dass diese jüdischen Arbeiter in keinem Fall mit den Zwangsarbeitern während des Krieges gleichzusetzen sind.

Die 20 Männer, die am Morgen des 11. April 1939 in Kelkheim eintrafen, wurden an der Bahn abgeholt und sofort in ihr Behelfsquartier in einem Raum (Saal) des Gasthauses „Taunusblick“ gebracht, wo sie Arbeitskleidung erhielten. Noch am selben Tag begann für sie, so ist es in einem Schreiben des damaligen

Kelkheimer Bürgermeister Wilhelm Graf nachzulesen, der Arbeitseinsatz. Alle 20 Männer waren beim Arbeitsamt Frankfurt als erwerbslos gemeldet, sie alle waren einmal eher einfachen Berufen nachgegangen, hatten als Handwerker, Arbeiter und Angestellte gearbeitet. Und sie alle waren Juden, die nun in einer „Judenkolonne“ zu Straßenbauarbeiten eingesetzt werden sollten.

Die Geschichte der Kelkheimer „Judenkolonne“ ist in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich. Zunächst, weil das halbe Jahr, in dem insgesamt 40 Männer zum „Arbeitseinsatz“ herangezogen wurden, im Kelkheimer Stadtarchiv erstaunlich gut dokumentiert ist. Zum anderen, weil sich mit diesem Aktenbestand ein nahezu vergessener Aspekt jüdischer Arbeit im Großreich rekonstruieren lässt – über die Lokalgeschichte hinaus, auf die der ehrenamtlichen Kelkheimer Stadtarchivar Dietrich Kleipa 1983 mit einer Ausstellung aufmerksam gemacht hat. Und schließlich, weil der Einsatz von „Judenkolonnen“, von denen die Kelkheimer eine der wenigen überlieferten ist, eine Neuorientierung der antijüdischen Politik markiert – eingeraht von den Zäsuren des Novemberprogroms 1938 und schließlich der Deportation und der Vernichtung.

Am 20. Dezember 1938 hatte der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Friedrich Syrup, den „geschlossenen Arbeitseinsatz für erwerbslose und wohlfahrtsunterstützte Juden“ verfügt. Unter ausdrücklichem Hinweis auf die Billigung Görings sollten arbeitslose Juden in einer konzertierten Aktion von den Arbeitsämtern – unterstützt von Ortsbehörden und Parteistellen – bei Privatunternehmen, Kommunalverwaltungen und öffentlichen Bauträgern zwangsbeschäftigt werden.

Reichsweit waren Bürgermeister und Landräte über die neue Verfolgungsmaßnahme und die Pflicht, geeignete Bauvorhaben der öffentlichen Hand zu melden, informiert. Für die Gemeinden bot sich die Gelegenheit zuzugreifen. Denn das Programm schien den Widerspruch aus Arbeitskräftemangel (deutsche Männer waren eingezogen) und steigender jüdischer Erwerbslosigkeit, 1938 waren rund 60.000 Juden arbeitslos, aufzulösen. Aber nicht alle Gemeinden nutzten die Gelegenheit. Dass auch Frankfurt Interesse am „geschlossenen Arbeitseinsatz“ gezeigt hat, dafür gibt es jetzt nach Auskunft von Lutz Becht, Mitarbeiter im Frankfurter Institut für Stadtgeschichte, erste Hinweise.

Wie sehr sich dagegen der Kelkheimer Bürgermeister Graf darum bemühte, jüdische Arbeiter zu bekommen, zeigen seine zahlreichen Briefe an die Gauleitung Hessen-Nassau, die Kreisleitung der NSDAP, an den Landrat des MTK sowie das Landesarbeitsamt in Frankfurt. Kelkheim war, so das zweifelhafte Verdienst seines Bürgermeisters, eine der ersten Gemeinden, in denen eine „Judenkolonne“ zum Einsatz kam.

Dass Wilhelm Graf ein 150-prozentiger Nazi war, davon ist Becht überzeugt. Und dafür spricht, dass Graf sich kurz nach Kriegsbeginn freiwillig zur Wehrmacht (SS-Unterscharführer, also zur SS) meldete. Dass der offenbar eher schlichte Mann, der sich auch in seiner Amtskorrespondenz nur mit mehr oder weniger derben Worten ausdrückte, Juden als „minderwertige“ Menschen ansah, geht ebenfalls aus seinen Schreiben und Aktennotizen hervor, in denen er sich grob und abfällig über die Arbeiter äußerte. So beklagte er, „dass der Abmarsch und das Singen der Juden nicht mit der notwendigen Präzision vor sich geht“, und ordnete Unterweisung (Anschaffung einer Mundharmonika zum Üben) in der „Singtätigkeit“ an. Oder er erteilte die Anweisung, die jüdischen Arbeiter dürfen sich nur in einem bestimmten Waldstück (50 Meter um die Gaststätte Taublick) aufhalten, um „durch ihre Anwesenheit nicht andere Waldgebiete zu verunzieren“. Und schließlich spricht auch der eigens entworfene Leistungsbogen, der für jeden Arbeiter täglich ausgefüllt werden musste, für seine Einstellung: Die Bogen sahen für die Beurteilung (der Arbeitsleistung) die Note „gut“ oder „sehr gut“ gar nicht vor. Die bestmögliche Einschätzung war „zufrieden stellend“. *Dennoch hat Bürgermeister Graf gegenüber den jüdischen Arbeitern auch eine gewisse Verantwortlichkeit gezeigt. So stellte er eine Köchin für sie ein, deren Gehalt allerdings nicht aus dem Stadtsäckel bezahlt, sondern vom Lohn der Arbeiter abgezogen wurde. Zumindest anfänglich verfügte er noch, dass die „Kolonne“ das teurere Lamm- und Hammelfleisch erhalten sollte, und forderte die Ratsherren auf, sich von der ordentlichen Unterbringung und der ausreichenden Verpflegung zu überzeugen. Einmal spendierte er, wie in den Akten verzeichnet, den Arbeitern Bier und Zigaretten – keine große Tat, aber zumindest ein ungewöhnlicher Akt.*

Wer aber waren nun die Juden, die in Kelkheim im Straßenbau arbeiten mussten? Arbeitslose, die in ein Beschäftigungsprogramm eingebunden wurden? Schließlich erhielten sie, zumindest in Kelkheim, Lohn nach Tarif, wenn auch nur den von ungelernten Hilfsarbeitern. Sie waren sozialversichert, konnten auch einmal den Samstag frei nehmen und ihre Familien in Frankfurt besuchen, waren zwar Demütigungen, aber zumindest keinen körperlichen Misshandlungen ausgesetzt. *Oder waren die Männer Zwangsarbeiter, weil sie letztlich keinen Einfluss auf die Art ihrer Arbeit hatten, weil sie, bis auf ganz wenige Ausnahmen, unfreiwillig, unabhängig von Profession und Tauglichkeit, aber abhängig von der „rassistischen Einordnung“ beschäftigt wurden?*

Die Menschen, die zum „geschlossenen Arbeitseinsatz“ herangezogen wurden, waren arbeitslos, verarmt und hatten deshalb keinerlei Chance zu emigrieren. Sie waren ihrer Rechte beraubt, hatten ihre (Arbeits-) Stellen aufgrund der Berufsverbote und der zentralisierten „Arisierungspolitik“ verloren, jüdische Angestellte, Arbeiter und Ingenieure sowie Kaufleute und Händler, die ihre Geschäfte aufgeben mussten.

50.000 Menschen waren vom „geschlossenen Arbeitseinsatz“ betroffen. Er war Teil eines neuen Verfolgungskonzepts, eine Reaktion auf das „Scheitern“ des von Beginn an formulierten Ziels der Vertreibung und der individuellen jüdischen Emigration. Das Programm schuf schon vor Kriegsbeginn eine Normalität und öffentliche Akzeptanz für den Zwangseinsatz. Und es trug dazu bei, Juden von der übrigen Bevölkerung und auf sämtliche Lebensgebiete zu isolieren – wesentliche Voraussetzung für die spätere Deportation.

In dem halben Jahr ihrer Beschäftigung stellten die jüdischen Arbeiter einen Fahrweg von Münster nach Zeilsheim (Zeilsheimer Weg) fertig. Ein Gedenkstein am Zeilsheimer Weg erinnert heute daran. Als die Bauarbeiten abgeschlossen waren, wurden die Männer noch als Erntehelfer eingesetzt, bis die Kolonne am 1. Oktober 1939 aufgelöst wurde. Wie es den Männern in der Zeit nach ihrem Einsatz in Kelkheim und vor ihrer Deportation erging, ist ungewiss. Das „Dritte Reich“ aber scheint kaum einer von den insgesamt 40 Männern, die in dem halben Jahr in Kelkheim arbeiteten, überlebt zu haben. Hinter den Listen ihrer Namen hat der Historiker Becht Notizen über ihren Verbleib gemacht. Es sind immer die gleichen Namen der Orte ihres Sterbens: verschollen in Majdanek, gestorben in Buchenwald, gestorben in Theresienstadt, verschollen in Minsk, in Lodz, verschollen irgendwo im Osten, gestorben in Dachau und in Auschwitz.

27.6.1939: In der Ratssitzung am 27. Juni 1939 wurde den Ratsherren der Etat für 1939 vorgelegt. Er schloss mit 411.190 RM in Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Teil ab und lag damit nur knapp 6.000 RM über dem Etat von 1938. Der außerordentliche HH-Plan wurde in Einnahmen und Ausgaben auf 29.500 RM festgesetzt. Er hat sich damit gegenüber dem Jahre 1938 um 24.500 RM erhöht. Die Steuerhebesätze wurden gegenüber 1938 nicht verändert. Der Haushalt 1939 konnte jedoch nicht mehr in die Tat umgesetzt werden, da bereits am 1. September 1939 der 2. Weltkrieg begann.

Im Juli 1939 wurde die hiesige Pfarrverwaltung vom Franziskanerkloster Fulda dem Hochwürden Pater Konrad Ehrlingspiel aus dem Kloster Mannheim im Einverständnis mit den zivilen Behörden übertragen.

14.7.1939: Am 14. Juli 1939 war der katholische Kirchenvorstand durch Bürgermeister Willi Graf gebeten worden, vor der Klosterpforte den Schlüssel zum Kloster in Empfang zu nehmen. Alles war zum Empfang vor dem Kloster versammelt. Es erschien Bgm. Graf mit einem Beamten der Gestapo. Beide traten durch die Klosterpforte. Pater Konrad, der Kirchenvorstand und viel Volk mussten auf dem Kirchplatz warten. Nach kurzer Zeit erschien Bgm. Graf mit dem Gestapo-Beamten wieder an der Klosterpforte und teilte den draußen auf dem Platz Wartenden mit, dass sich im Umkreis von 50 km kein Franziskaner mehr zeigen darf. Der bisherige Klosterbursche Johann Laufer, der etwa 60 Jahre alt war, erhielt durch die Gestapo die Erlaubnis, auch ferner im Kloster wohnen zu dürfen. Mit der Beköstigung solle er sehen, wie er durchkomme.

15.7.1939: Die Pfarrei wurde am 15. Juli 1939 durch den bischöflichen Sekretär Dr. Kempf an Pfarrer Karell aus Limburg übertragen.

29.8.1939: Die Feuerlöschpolizei wird vom Bgm. Graf zur so genannten "Mobile-Feuerwehr" und zum Luftschutzdienst dienstverpflichtet, d.h. im Falle einer Mobilmachung werden die Mitglieder der Feuerwehr zu Dienstleistungen eingeteilt und haben bei Übungen und Brandfällen den Anordnungen des Stadtbrandmeisters Peter Neun unbedingt Folge zu leisten. Auch wurde den Wehrmännern bis auf Widerruf zur Pflicht gemacht, sich beim Wehrführer an- bzw. abzumelden, falls sie die Stadtgrenze verlassen sollten.

1.9.1939: Am 1. September 1939 übernahm Pfarrer Born aus Wiesbaden als Treuhänder die Pfarrei Kelkheim und Kaplan Hergenhahn die Pfarrei Hornau.

Gleich bei Kriegsausbruch am 1. September 1939 wurde hinter dem Kloster eine Scheinwerfer- und Flugabwehrbatterie installiert.

Vom 1. bis 12.9. fiel der Unterricht an allen Schulen auf Anordnung der Schulbehörde wegen des Kriegsausbruches aus. Damit feindlichen Luftangriffen zu rechnen ist, wird in jeder Schule ein Keller als Luftschutzkeller eingerichtet und ein Raum für die Sanitäter eingebaut. In allen Klassen wird immer wieder auf das Verhalten der Schüler bei Luftangriffen hingewiesen und soweit wie möglich auch praktisch eingeübt.

Obwohl Kelkheim weder militärische Einrichtungen noch direkte Rüstungsbetriebe besaß, hatte es durch die Schreinereibetriebe doch eine gewisse Bedeutung erlangt. Diese fertigten Munitionskisten an (vor allem die Dichmann AG) und waren dadurch als "kriegswichtig" eingestuft. Die Feuerwehr wurde verpflichtet, für jede der drei Motorspritzen mindestens 200 bis 300 Liter Brennstoff als Reserve zu bevorraten.

16.10.1939: Im Protokoll vom 16. Oktober 1939 lesen wir, dass nach einer Verfügung des Landrats von der Stadt monatlich ein Kriegsbeitrag von 6.842 RM zu zahlen war. Dies bedeutete eine jährliche Abgabe von über 80.000 RM. Unter Zugrundelegung des Haushalts von 1939 in Höhe von 411.000 RM, war dies ein Fünftel des gesamten Haushaltsvolumens. Es war auch der Hauptgrund, den Straßenbau einzustellen und die jüdische Arbeiterkolonne zu entlassen.

Die Schulkinder mussten die Adressen aller einberufenen Soldaten ermitteln, damit denselben durch die Stadt ein Weihnachtspäckchen geschickt werden kann. Von den bis jetzt rund 80 einberufenen Soldaten sind bisher keine Verluste zu beklagen.

Um die Jahreswende 1939/40 wurde im Kloster ein Arbeitsdienstlager für Mädchen eingerichtet. Die Arbeitsdienstmaiden wurden überwiegend bei den Bauern der Umgebung zum Arbeitsdienst eingesetzt.